

Vorstand des Sozialdemokratischen  
Pressevereins Bonn

**SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST**

16. Okt. 1962

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/210

Bonn, den 16. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 1a Brunnenvergifter 53

Parteiegoismus auf die Spitze getrieben

2 - 3 80 000 griechische Gastarbeiter 89  
in der Bundesrepublik (I)

Ihr Herkommen - ihre Leistung - ihre Zukunft  
Von Dr. B.P. Mathiopoulos

4 - 5 Kupferkombinat Liegnitz 67

Das größte Kupfervorkommen in Europa?  
Von Rudolf Herrig

6 - 7 Belgrader Verstimmung über die USA 58

Schwerer Schlag gegen Handel zwischen USA und Jugoslawien  
Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

7 Kulissen für die Mauer 22

Sonderbare Gäste des "Deutschen Freiheitsbüros"

Chefredakteur Günter Markscheffel

Brunnenvergifter

Parteiegoismus auf die Spitze getrieben

ler - Die CDU/CSU befindet sich nicht in einer beneidenswerten Lage. Sie hat den Verlust ihrer absoluten Mehrheit im Bundestag noch nicht überwunden, ihr Selbstbewusstsein ist angeschlagen, ihre innere Unsicherheit ist nicht zu verbergen. Dazu kommt die unleidige Frage der Nachfolgerschaft des Kanzlers. Hinter den Kulissen toben schwere Positionskämpfe, vollziehen sich Flügelbildungen, und es geht dabei nicht immer sehr christlich zu.

Adenauers Versuch einer Flucht nach vorn, unternommen in seiner Regierungserklärung am Dienstag vergangener Woche, blieb der Erfolg versagt. Zum Entsetzen seiner Minister trug die Regierungserklärung ausschließlich die unverkennbare Handschrift des Bundeskanzlers - sie war die schwächste und farbloseste in der langen Regierungszeit des nun 86jährigen. Sie sollte den Eindruck einer kraftvollen, das Steuer unseres Staatsschiffes fest in der Hand haltenden Führung vermitteln, aber selbst die treuesten und loyalsten Anhänger des Kanzlers konnten ihre Enttäuschung nicht verbergen, sie spürten, daß die großen Zeiten, in denen der Bundeskanzler seine Partei und damit die Mehrheit des Bundestages souverän beherrschte, und die Opposition zur Machtlosigkeit verurteilte, wohl für immer vorbei sind.

In intimen Kreise machen sich Crollen und Unbehagen laut kund. Was Adenauer an Autorität verlor, läßt sich nicht mehr einkolen. Vielleicht weiß er das auch, deshalb seine Verbitterung, deshalb sein vehementer unter der Gürtellinie erfolgter Angriff auf Silkenhauser.

Die CDU/CSU scheint zu spüren, daß sie mit dem unaufhaltsamen Autoritätsschwund ihres einstigen Idols in die Gefahr einer Existenzkrise geraten kann. Daß sie dagegen heute schon Vorsorge trifft, sich nach allen möglichen Seiten abschützt und die Frage der Nachfolgerschaft nach den Worten ihres Geschäftsführenden Vorsitzenden Diefhues "energisch und behutsam" lösen möchte, ist ihr gutes Recht, ja sogar als große demokratische Partei ihre Pflicht, von der sie niemand entbinden kann.

Für die Entwicklung der jungen deutschen Demokratie kann es nicht gleichgültig sein, was aus einer Partei wird, die durch ihre Größe die Geschicke der Bundesrepublik maßgebend prägt.

Entscheidend ist freilich, wie sie sich auf die Zeit nach Adenauer vorbereitet, wie sie ihr Selbstbewusstsein wieder zurückgewinnt und ob nicht dabei mehr zerschlagen als an Gewinn gebucht wird.

Was die deutsche Öffentlichkeit gerade in den letzten Tagen erlebte - zum Teil klang es auch schon in der aussenpolitischen Debatte des Bundestages mit an - läßt schlimme Befürchtungen aufkommen. Auf der Suche, wieder ein Profil zu erlangen und fest umrissene Konturen zu gewinnen, sich von den anderen politischen Parteien, vor allem von der ihr dicht auf den Fersen bleibenden Opposition abzuheben, scheinen führende Politiker dieser Partei Blick und Maß verloren zu haben. Kostproben dieser Maßlosigkeit hat Verteidigungsminister Strauss, gleichzeitig auch Vorsitzender der CDU, bei seinem letzten Auftreten in Nürnberg bewiesen.

Was soll dieser Unfug? Was soll das Aufreißen alter Wunden und die Heraufbeschwörung von Gegensätzen, was sollen vor allem die versteckten und offenen Angriffe auf den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, den Mann der Verkörperung des Freiheits- und Behauptungswillens der Berliner? Das ist Brunnenvergiftung übelster Art, nur dazu bestimmt, zur Ablenkung von Schwierigkeiten innerhalb der vorläufig noch größten Regierungspartei.

Unser Volk hat dafür kein Verständnis. Es empfindet, daß wir nun den Zusammenhalt aller um die Zukunft unseres Volkes bangenden Kräfte brauchen, nicht Tagestriumphe eines kurzsichtigen Partei-egoismus.

## 80 000 griechische Gastarbeiter in der Bundesrepublik (I)

Ihr Herkommen - ihre Leistung - ihre Zukunft  
Von Dr. B.P. Mathiopoulos

80 000 griechische Arbeiter befinden sich zur Zeit in der Bundesrepublik und werden in den verschiedensten Industriezweigen beschäftigt. Im Sommer 1960 wurde in Bonn ein bilateraler Vertrag unterzeichnet, der die "Auswahl und Anstellungsvermittlung griechischer Arbeiter für Deutschland" zum Gegenstand hat. Die Zeit, die seitdem verstrichen ist, erlaubt eine objektive Darstellung der Probleme, die sich für Griechenland aus der Frage der zunehmenden Auswanderung griechischer Arbeiter ergeben.

### So war es früher

Auf der einen Seite ist es zwar in neuerer Zeit stets das Bestreben eines Teils des griechischen Volkes gewesen, sein Glück im Ausland zu suchen - vor allem in den USA, in Canada und Australien. Die Geldüberweisungen dieser Emigranten an ihre Verwandten in der Heimat trugen zum Devisenzuwachs des Landes bei und halfen bei der Unterstützung der leidenden Landbevölkerung. Die Griechen, die es in die neue Welt gezogen hatte, bauten sich meist eine eigene Existenz auf, wurden nicht selten Kaufleute, Reedere und Unternehmer und erwarben in der zweiten Generation - was auch für andere europäische Völker zutrifft - die Staatsangehörigkeit ihrer zweiten Heimat. So leben heute allein in den USA 15 Millionen Amerikaner griechischer Abstammung.

### Zum ersten Mal "Auswanderung" nach Europa

Auf der anderen Seite aber erleben wir heute zum ersten Mal eine Auswanderung in einen europäischen Staat. Die Griechen, die nach Deutschland kommen, beabsichtigen, nach einer gewissen Zeit wieder in die Heimat zurückzukehren, um dort die aufgrund ihrer Ausbildung gewonnenen Erfahrungen in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes zu stellen und nutzbringend zu verwerten. Dieses Korum in der Entwicklung der griechischen Auswanderung ist nicht zuletzt zurückzuführen auf neue Perspektiven, die sich im Zusammenhang mit der Gründung der EWG bieten. Bekanntlich ist Griechenland mit dem Gemeinsamen Markt assoziiert und wird ab 1. November - der entsprechende Vertrag ist bereits ratifiziert - als assoziiertes Mitglied an den Beratungen in Brüssel teilnehmen.

Während der nunmehr zweijährigen Gültigkeit des bilateralen Vertrages zwischen Bonn und Athen sind die Vor- und Nachteile dieses Abkommens für beide Länder deutlich zu Tage getreten. Der Wunsch nach möglichst schneller Unterzeichnung des Vertrages war auf griechischer Seite getragen von der vagen Hoffnung, daß eine sich steigende Auswanderungswelle das Land von den Problemen der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten befreit. Denn in Griechenland sind heute nach wie vor bei einer Gesamtbevölkerung von 8,5 Millionen über 800 000 unterbeschäftigt und etwa 300 000 arbeitslos.

### 10 Millionen DM monatlich nach Griechenland

Wenn man schon eine Arbeiterpolitik im Hinblick auf ausländische Möglichkeiten anstrebt, so setzt dies wenigstens eine entsprechende Planung und Vorbereitung aus. Dem griechischen Arbeitsministerium schien es aber wichtiger, daß das Staatsbudget von der Arbeitslosenunterstützung entlastet wird und Devisen nach Griechenland fließen, wenn die Gastarbeiter ihren Lohn an ihre Landsleute in der Heimat überwiesen.

- \* Die Überweisungen haben inzwischen die Summe von
- \* 10 Millionen DM im Monat erreicht. Das macht 120 Millionen DM oder 30 Millionen DM pro Jahr. Um die Größe
- \* dieser Summe zu illustrieren, sei vergleichsweise auf
- \* die Höhe der amerikanischen Hilfe, die bisher ohne Gegenleistung gegeben wurde und seit dem 1. Juli 1962 gestoppt ist, verwiesen: Es handelte sich um einen Betrag
- \* von 18 Millionen jährlich!

### Mangelhafte Vorbereitung

Die griechischen Verantwortlichen haben wenig getan, um die große Zahl der Arbeiter - sie bilden einen der vitalsten Teile der griechischen Bevölkerung - auf das vorzubereiten, was sie in der neuen Heimat erwartet. Die Leute kamen in ein Land, wo völlig andere wirtschaftliche, klimatische und soziale Faktoren das Leben bestimmen und wo zudem die Volksmentalität grundverschieden von der in Griechenland ist. Die Mehrzahl der Arbeiter - etwa 85 Prozent - stammen aus den Bauernfamilien der kleinen Dörfer Mazedoniens und Thraziens. Sie haben niemals vorher in der Industrie gearbeitet. Sie waren gewohnt, ihr Fleckchen Land mit einem Pferd oder einem Ochsen zu bestellen. Plötzlich sehen sie sich in eine Welt modernster, zum Teil automatisierter Fabriken gestellt, wo doch manche von ihnen noch nie in Leben eine Maschine zu Gesicht bekommen haben.

Der griechische Staat hat die Arbeiter einfach nach Deutschland geschickt in der Hoffnung, in Deutschland würden nicht nur die finanziellen Probleme gelöst, sondern es würde den Gastarbeitern auch geholfen, die neue Welt seelisch zu verkraften und der auf sie einstürmenden Eindrücke Herr zu werden. Wie sich gezeigt hat, wurde und wird von deutscher Seite mehr getan, als man billigerweise fordern könnte. Der griechische Staat aber hat auf diesem Gebiet praktisch versagt, mit Ausnahme einiger weniger Persönlichkeiten, auf die noch eingegangen werden wird.

### Bedauerliche Fehlleistung

Für diese Fehlleistung bei der Lösung der für Griechenland wichtigster sozialer Frage nach der Kriege ist also einmal der griechische Staat verantwortlich, da er dieses Kernproblem mit - man muß schon sagen, Oberflächlichkeit angehen zu können meinte. Zum anderen muß aber herausgestellt werden, daß an den Verhandlungen, die dem Abschluß des erwähnten bilateralen Vertrages vorausgingen, der griechische Gewerkschaftsbund zwar teilgenommen hat, jedoch wenig Einfluß auf die Gestaltung des Abkommens nehmen konnte. Bekanntlich ist die Führungsspitze des Gewerkschaftsbundes in Griechenland vom Staat eingesetzt; im Übrigen befindet er sich in finanzieller Abhängigkeit vom Staat. Später zwar ist der griechische Gewerkschaftsbund auch in Deutschland in Erscheinung getreten. Das geschah aber erst zu einem Zeitpunkt, als der DGB und kirchliche sowie staatliche Institutionen die Betreuung der griechischen Gastarbeiter übernommen hatten.

+ + +

(II. Teil folgt)

## Kupferkombinat Liegnitz.

Von Rudolf Hornig

Die alte Piastenstadt Liegnitz in Schlesien, die war von 1163 bis 1675 Residenz der Piastenherzöge, spielt in der mitteleuropäischen und deutschen Geschichte eine grosse Rolle. Bei Liegnitz wurden 1241 die Mongolen zwar nicht besiegt, aber doch abgewehrt, so daß sie ihren Vorstoss gegen die deutschen Kernlandschaften aufgaben. Bei Liegnitz siegte Friedrich der Grosse 1760 über die Österreicher im vierten Jahr des Siebenjährigen Krieges, der ihm schliesslich den Besitz von Schlesien sichern sollte. In Liegnitz hatte sich eine Textil-, Maschinen- und Lederindustrie entwickelt, aber seine Barockbauten (und seine Geschichte) übten vor dem Kriege eine weit stärkere Anziehungskraft auf die Besucher aus. Liegnitz war, im kleineren Massstab gesehen, durchaus eine Reise wert, wenn man eine nette und dabei beachtliche schlesische Stadt kennenlernen wollte.

### Vor fünf Jahren fand man Kupfer

Wenn dieses Liegnitz, an der Hauptstrecke zwischen Breslau und Görlitz gelegen, nach Jahren einer sehr starken Bescheidenheit und einem etwas trostlosen Leben als polnisches Legnica (mit einer lebendigen deutschen Minderheit noch vor zwei Jahren) jetzt wieder eine neue und sehr bedeutende Rolle zu spielen beginnt, so verdankt es dies dem Kupfer. Vor fünf Jahren, so lautet die offizielle Version, hat der polnische Geologe Ing. J. Wyzikowski im Gebiet von Liegnitz ein Kupfererzvorkommen entdeckt, das als grösstes in Europa bezeichnet wird. Dabei versteht man von polnischer Seite nicht, zu betonen, daß man auch schon früher in diesem Gebiet nach Kupfer gesucht, aber nichts gefunden habe. Nur weiter südlich sei auch in früheren Zeiten an bescheidenem Umfang Kupfererz gewonnen worden.

### Vier Schächte entstehen

Die erste Kupfererzader in einer Stärke von 2,6 m fand man in einer Tiefe von 650 Metern. Weitere Bohrungen wurden damals in einer Entfernung von 18 km durchgeführt. Die Entfernungen zwischen den Sonden wurden immer kürzer. Heute weist man genau, daß sich das Kupfererzvorkommen in einer Länge von 30 km und in einer Breite von 6 km

erstreckt, und daß man es mit einer Reihe von Erzpflanzen zu tun hat. Es werden vier Schächte angelegt, von denen jeder 15.000 t fördern soll. Es wird angenommen, daß die Vorräte 100 Jahre reichen werden.

Der Ausbau dieser vier Schächte Polkowice I, Polkowice II, Siewaszwice und Lubin erfolgt fortlaufend. Jeder Schacht wird fünf Fördertürme haben, zwei sind für die Bergleute und das Erz bestimmt, die übrigen drei werden der Belüftung sowie dem Transport des Materials und des Schwemmsandes dienen, mit dem die abgebauten Stollen sofort wieder aufgefüllt werden sollen. Schwemmsand ist oberhalb der Kupfererzschichten bis zu einer Tiefe von 500 m so stark vertreten, daß er zu einem schweren Hindernis bei der Erschließung der Gruben geworden ist.

#### Der Schwemmsand wird vereist

Um dem Schwemmsand beizukommen, hat man in einem bestimmten Umkreis um die künftige Öffnung für die Förderanlage 30 bis 40 Löcher in die Schwemmschichten vorgetrieben und über eingeführte Röhren einen Gefrierprozess eingeleitet, mit dessen Hilfe der Schwemmsand bei einer Temperatur von minus 17 Grad vereist wird. Es war eine sehr diffizile Arbeit von einem halben Jahr notwendig, bevor man daran gehen konnte, durch die gefrorenen Schwemmsandschichten den Bau der Förderschächte in Angriff zu nehmen. Die Gefrieranlagen bekam Polen aus der Tschechoslowakei. Bei jeder neuen Schwemmsandschicht muß das Vereisen wiederholt werden. Es kann erst eingestellt werden, wenn der Fels mit den Erzadorn erreicht ist.

#### Kostenpunkt: 22 Milliarden Zloty

Seit zwei Jahren wird an der ersten Schachtenanlage gearbeitet. Ende dieses Jahres soll der erste Förderschacht das Kupfererzlager erreichen. Mit der planmäßigen Förderung wird binnen drei Jahren gerechnet. Der Bau der zweiten Schachtenanlage beginnt im nächsten Jahr. In Liegnitz, wo das Erz aus den alten kleineren Gruben verarbeitet wird, soll die Erzhütte auf den vierfachen Umfang vergrößert werden. 1965 wird in Olegau mit der Errichtung einer weiteren Erzhütte begonnen, deren Kapazität 16 mal größer sein wird als die der Liegnitzer Hütte. Das Kupferkombinat von Liegnitz, dem alle Schächte und Hütten unterstehen, soll 1975 fertig sein. Sein Bau wird insgesamt 22 Milliarden Zloty kosten.

Liegnitz ist eines der vier großen Investitionsvorhaben, für die das Warschauer Regime in diesem Jahr den größten Teil, nämlich 124 Milliarden Zloty angesetzt hat. Liegnitz allein erhält 30 Milliarden; nach ihrer Bedeutung folgen der Bau des E-Werkes in Warschau, die Erschließung des Schwefelvorkommens von Tarnobrzeg an der mittleren Weichsel und der Bau der Pipeline aus der UdSSR mit einer Großraffinerie in Plock.

Belgrader Verstimmung über die USA

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Während Moskau beachtliche Anstrengungen unternimmt, sein Verhältnis zu Belgrad zu verbessern, sind die amerikanisch-jugoslawischen Beziehungen durch eine nicht ganz erwartete Entscheidung des US-Kongresses stark belastet worden. Nach wochenlangen Tauziehen zwischen verschiedenen Kongreßausschüssen und trotz großen Widerstandes der Administration und des Senats hat das Washingtoner Abgeordnetenhaus schließlich doch seinen Willen durchgesetzt, Jugoslawien und Polen die Meistbegünstigungsklausel in ihrem Außenhandel mit den USA zu streichen. Da das Gesetz, das diesen Passus enthält gleichzeitig Präsident Kennedy die gewünschten Kompetenzen gibt, im Hande mit der EWG die amerikanischen Zollsätze erheblich zu senken oder gar ganz aufzuheben, ist kaum noch zu erwarten, daß der Präsident dem Gesetz die zur vollen Gültigkeit notwendige Unterschrift verweigern wird.

Nach der Unterzeichnung jedoch wird der Präsident oben das tun müssen, was weder er noch seine Administration gewillt haben: die Jugoslawien seit 1958 (damals noch dem Königreich Serbien) gewährte Meistbegünstigungsklausel zu kündigen. Bis sich diese Maßnahme im amerikanisch-jugoslawischen Handel auswirken wird, dürfte zwar infolge der vorgeschriebenen Kündigungsfristen noch ein gutes Jahr vergehen. Trotzdem berechtigt dies nur zu vager Hoffnungen, daß in der Zwischenzeit der neugewählte US-Kongreß vielleicht doch noch diesen Passus nachträglich streichen könnte, der die Gewährung der Meistbegünstigung an alle Staaten verbietet, in denen der Kommunismus herrscht oder dominiert.

In Belgrad ist man umso mehr betroffen als es sich dabei um ein rein ideologisches Kriterium handelt, das die Jugoslawien seitens führender US-Politiker so oft anerkannte nationale Unabhängigkeit unberücksichtigt läßt. Diese Betroffenheit hat außerdem eine sehr reale Basis, befürchtet man doch zu recht ernste Folgen für den amerikanisch-jugoslawischen Warenaustausch, insbesondere für die jugoslawischen Exporte in die USA.



Dabei hatten sich die jugoslawischen Ausfuhren in die Vereinigten Staaten in letzter Zeit recht gut entwickelt, ja kühne Zukunftsträume herausgefordert. Im Vorjahr erreichten sie einen Wert von 36,5 Millionen Dollar. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden bereits 33 Millionen realisiert, was zu der Annahme berechtigte, der Jahressaldo werde mit rund 45 Millionen Dollar abschließen. Für 1965 erhoffte man sich in Belgrad gar Ausfuhren in Höhe von 85 Millionen Dollar.

Unabhängig davon, wie real die letzte Schätzung ist, muß sie doch nach Streichung der Meistbegünstigungsklausel von vornherein als unerreichbar abgetan werden. Rund 75 Prozent der jugoslawischen Ausfuhren in die USA würden nämlich demnächst mit durchschnittlich 143 Prozent höheren Zollsätzen zu rechnen haben. Nicht zuletzt würde Jugoslawiens Außenhandel noch um die Vergünstigungen gebracht werden, die bei einer zu erwartenden Neuregelung der amerikanischen Zollsätze gegenüber der EWG ihm bei Anwendung der Meistbegünstigungsklausel automatisch gleichfalls hätten gewährt werden müssen.

Diese Perspektiven sind für Belgrad alles andere als erfreulich. Kein Wunder, wenn sie schon vor definitivem Eintritt des Ereignisses (Kündigung des Vertrages) maßgebliche Stellen stark beschäftigen. Einen Akt nicht nur "wirtschaftlicher, sondern auch politischer Diskriminierung" hat der Sprecher des jugoslawischen Außenministeriums erst kürzlich die amerikanische Maßnahme genannt. Im Belgrader Außenministerium verbergen auch andere Offizielle die Ansicht nicht, daß die Streichung der Meistbegünstigungsklausel nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen belasten werde, sondern ganz allgemein sich negativ auf das politische Verhältnis Jugoslawiens zu den USA werde auswirken müssen.

+ + +

#### Kulissen für die Mauer

#### Sonderbare Gäste des "Deutschen Freiheitsbüros"

Arbeidernes Pressekontor, der offizielle Pressedienst der norwegischen Arbeiterpartei, berichtete aus Oslo unter der Überschrift "Norwegischer Besuch hinter der antifaschistischen Mauer":

Es ist lange Zeit still um die Norwegische Sozialdemokratische Partei gewesen. Nachdem sie bei den vorjährigen Stortingwahlen nur 478 Stimmen auf einer Liste in Süd-Trøndelag erreichen konnte, war zu erwarten, dass die Partei aufhören würde zu existieren, aber nach dem ostdeutschen Telegrammbüro ADN ist es nicht so. Die Partei hat sowohl einen Generalsekretär wie auch Sekretär; beide sind auf Besuch in Ostberlin. ADN berichtet, dass Generalsekretär Harald Kvalum und Sekretär Ragnar Eliassen das Brandenburger Tor als Gäste des "Deutschen Freiheitsbüros" besucht haben. Kvalum gab nach ADN "seiner Überzeugung Ausdruck, dass die Arbeiter Westdeutschlands und Westberlins eine Politik erzwingen werden, die die antifaschistische Schutzmauer in Berlin überflüssig machen wird".

Wir haben an und für sich nichts dagegen, dass die Herzen ihre Freunde auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs besuchen. Es ist nur dazu zu sagen, dass das ostdeutsche Nachrichtentbüro berichtet, sie hätten Besuch vom Generalsekretär und Sekretär der "Sozialdemokratischen Partei in Norwegen" und in ganz Deutschland wird das so verstanden, als ob es sich um Vertreter der Norwegischen Arbeiterpartei handle. Das ist jedoch nicht der Fall.

+ + +